



DIE LINKE.
Fraktion im Landtag des Saarlandes

Oskar Lafontaine:

Die Stahlindustrie mit ihren Beschäftigten gehört zum Saarland!

- Die Entscheidungen über unsere Hüttenwerke müssen an der Saar getroffen werden.
- Es darf keine privaten Anteilseigner geben, die Geld aus den Hüttenwerken herausziehen.
- Was von den Stahlarbeitern an der Saar erwirtschaftet wird, muss auch an der Saar wieder investiert werden.
- Um unsere Stahlbeschäftigten vor einem unfairen Wettbewerb mit Druck auf Preise, Löhne und Umweltstandards zu bewahren, muss die EU mit Schutzzöllen für einen fairen Wettbewerb sorgen.

Oskar Lafontaine: Wir stehen an der Seite unserer Stahlarbeiter!



Nach der Stahlkrise Anfang der 90er Jahre und der Gründung der Stahlstiftung stand die saarländische Stahlindustrie lange Jahre gut da. Doch nun gerät sie wieder unter Druck, infolge von weltweiten Überkapazitäten und Niedrigstpreisen der außereuropäischen Konkurrenz, insbesondere aus China. Außerdem drohen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und der EU-weite Emissionshandel, die Wettbewerbsbedingungen für die Saar-Stahlbranche zu verschlechtern.

Natürlich hat Klimaschutz Priorität. Aber dabei muss es weltweit gleiche Standards geben. Es muss verhindert werden, dass „sauber“ arbeitende Stahlwerke auf Grund der weltweiten Konkurrenz, vor allem aus China, schließen müssen, weil dort andere Umweltstandards gelten.

Wir wollen nicht, dass der saarländische Stahl in den nächsten Jahren ein ähnliches Schicksal erleidet, wie die heimische Kohle. Deshalb müssen sich Bund und Land für unsere Stahlbranche stark machen.

Zur Erinnerung: Der ehemalige Ministerpräsident Peter Müller (CDU) hat sich 1997 „für eine Vollprivatisierung der saarländischen Stahlindustrie“ eingesetzt, „die Franzosen sollten wieder die Mehrheit in Dillingen bekommen“ („Saarbrücker Zeitung“ vom 8. April 1997)